

Antrag 31/I/2020**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes****1 Begründung**

2

3 Mehr als 175 sogenannte Verbund- oder Schwerpunktein-
 4 sätze haben in Neukölln in den Jahren 2018 und 2019
 5 stattgefunden. Das vorgehen wird auch auf andere Berli-
 6 ner Bezirke ausgeweitet. Bei diesen Einsätzen wurden das
 7 Neuköllner Ordnungsamt und andere Behörden bei ihren
 8 Gewerbekontrollen im Rahmen der Amtshilfe von häu-
 9 fig über hundert, teilweise mit Maschinenpistolen schwer
 10 bewaffneten Polizeikräften begleitet.

11

12 Laut Bezirksamt und Polizei sollen bei diesen Einsätzen
 13 gleichzeitig Gewerbekontrollen durchgeführt und organi-
 14 sierte Kriminalität bekämpft werden. Das führt dazu, dass
 15 Gewerbeverstöße behandelt werden wie schwere Ver-
 16 brechen. Die Vermischung von gewerblichen Routinekon-
 17 trollen mit strafrechtlichen Maßnahmen, die im Rahmen
 18 der sogenannten Verbunds- oder Schwerpunktseinsätze
 19 passiert, ist rechtsstaatlich problematisch und muss in
 20 Zukunft vermieden werden. Bei Gewerbekontrollen darf
 21 rechtswidriges Handeln nicht unterstellt werden – son-
 22 dern die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Gewerbes soll
 23 kontrolliert werden. Bei begründetem Verdacht auf Straf-
 24 taten kann die Polizei eigenständig tätig werden, sodass
 25 nicht wie derzeit Gewerbekontrollen als Vorwand für Po-
 26 lizeirazzien instrumentalisiert werden müssen.

27

28 Die rabiatischen Einsätze schaden dem migrantischen Gewer-
 29 be durch massive Rufschädigung und Umsatzeinbußen.
 30 Und sie sind teuer: Über 46.000 Polizeistunden wurden
 31 schätzungsweise in Berlin für die Kontrollen aufgewen-
 32 det, was geschätzte Kosten von mindestens 2.300.000,- €
 33 verursacht. Im Verhältnis zu Umfang und Kosten sind die
 34 Ergebnisse der Einsätze, die angeblich kriminelle Struk-
 35 turen oder „Clan-Kriminalität“ bekämpfen sollen, gering.
 36 Aber die Erfahrungen von willkürlichen Schließungen,
 37 dem gewaltsamen Eindringen von Hundertschaften in
 38 Geschäftslokale, dem stundenlangen Festhalten von un-
 39 beteiligten Gästen und Massenkontrollen untergraben
 40 das Vertrauen der Neuköllner*innen in die Arbeit des
 41 Bezirksämter, des Senates und der Polizei. Dass häufig
 42 auch die Presse bei den Kontrollen dabei ist und Polizis-
 43 ten mit Maschinenpistolen fotografiert, schafft ein Kli-
 44 ma der Angst. So entsteht das Bild, dass ganze Bevölke-
 45 rungsgruppen und Gewerbebezweige kriminell seien. Der
 46 Anschlag von Hanau zeigt, wie eine solche Dämonisierung
 47 bestimmte Orte und Gruppen zu potenziellen Zielen von
 48 rechtem Terror macht. Die Polizei kann bereits ohne Grund

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Änderung Überschrift:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes.**

49 Kontrollen und Durchsuchungen an sogenannten „krimi-
50 nalitätsbelastete Orten“ wie z.B. dem Hermannplatz bis
51 hin zum S-Bahnhof Neukölln durchführen. Weitere Kon-
52 trollen müssen deshalb umso mehr verhältnismäßig, fair
53 und verantwortungsvoll sein.

54

55 Mit den willkürlichen Kontrollen werden nicht nur vie-
56 le Geschäfte kaputt gemacht, sondern im Rahmen der
57 „Clan“-Debatte Menschen, die mit Kriminalität nichts zu
58 tun haben, die einen falschen Namen tragen, oder die ein-
59 fach nur als arabisch, türkisch, kurdisch oder migrantisch
60 gelesen werden, unter Generalverdacht gestellt. Das mi-
61 grantische Gewerbe wird außerdem durch die Razzien
62 verdrängt und Berlin weiter gentrifiziert.

63

64 Daher zeigen wir uns solidarisch mit den migranti-
65 schen Gewerbetreibenden in Berlin und unterstützen den
66 Einwohner*innen-Antrag der Initiative ‚Kein Generalver-
67 dacht!‘